

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

März 2026

hauptstadt magazin

**Weltfrauentag
Chancengleichheit
vorantreiben!**



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© dbb berlin

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

die Tarifrunde für die Beschäftigten der Länder ist mit einem vertretbaren Kompromiss zu Ende gegangen – jetzt gilt es, eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses TV-L auf die Beamtinnen und Beamten sowie Pensionärinnen und Pensionäre in Berlin schnellstmöglich sicherzustellen.

Bei einer Klausurtagung Ende Januar hat die Landesleitung des dbb berlin die gewerkschaftspolitischen Schwerpunkte für das laufende Jahr gesetzt. Ganz klar, dass die Jugendvertreterwahlen im Frühjahr dazugehören ebenso wie die Wahlen der Schwerbehindertenvertreter im Herbst. Im Vorfeld der JAV-Wahlen berichten wir in dieser Ausgabe über die Erfahrungen von Anne-Cathrin Horak in der HJAV.

Handlungsbedarf sieht die dbb Landesleitung vor allem auch in rechtlichen und praktischen Fragen. Neben der alljährlich stattfindenden Personal- und Betriebsrätekonferenz, die sich Ende September vor allem mit dienstrechtlichen Fragen auseinandersetzen soll, werden deshalb Seminare über die Neufassung des PersVG und über die Umsetzung der Dienstvereinbarung zur Gewaltprävention im Fokus stehen.

Am 8. März ist Weltfrauentag: Die Vorsitzende der Frauenvertretung des dbb berlin stellt dazu klar, wo für Frauen im Landesdienst am meisten der Schuh drückt. Schließlich zeigen wir am Beispiel des Justizvollzugs auf, warum an den Suchtbeauftragten im Landesdienst nicht gespart werden darf.

Es grüßt Sie

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Berufspolitik

Tarifergebnis auf Beamte übertragen!	4
dbb berlin kritisiert unlautere Sparvorgaben	4
dbb Landesleitung setzt Schwerpunkte	5
Verbesserte Beihilfeleistungen	6

Mitbestimmung

Arbeit in der JAV	7
-------------------	---

Frauen

Mehr Anerkennung für Familienarbeit gefordert	8
Gleichberechtigung braucht starke Strukturen	9

Mitgliedsgewerkschaften

DPoIG: Keine Entwarnung bei Organisierter Kriminalität	10
DPoIG-Forderungen nach Winterdienstchaos	10
Lehrergewerkschaften: Wald-Gymnasium muss bleiben!	11
BSBD: Suchtbeauftragte nicht kaputtsparen!	12

Unterhaltung

Preisrätsel	14
-------------	----

Letzte Seite

Senat stellt Weichen für besseren Schutz der kritischen Infrastruktur	16
Mehr Wahllokale und Wahlkabinen	16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. **Internet:** www.dbb berlin.

E-Mail: post@dbb berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstr. 15 a,

40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:**

mediacyber@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:**

Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:**

marion.clausen@dbbverlag.de. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 23,

gültig ab 1.1.2026. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

Titelbild: © AdobeStock_1771498188

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.



Einkommensrunde öffentlicher Dienst

Tarifergebnis auf Beamte übertragen!

„Für den dbb berlin ist das in Potsdam ausgehandelte Tarifergebnis erst dann abgeschlossen, wenn das Ergebnis (TV-L) auch für Beamte und Pensionäre zeit- und inhaltsgleich übernommen worden ist“, kommentierte dbb Landeschef Frank Becker die Tarifeinigung für die Beschäftigten der Länder. „Der dbb berlin erwartet deshalb jetzt vom Senat die unverzügliche Erarbeitung eines Besoldungsanpassungsgesetzes“, forderte Becker in einem entsprechenden, an Finanzsenator Stefan Evers gerichteten Schreiben vom 15. Februar 2026.

Die Delegierten der dbb Tarifkommission stimmen für den Abschluss.

Nach zähen Verhandlungen hatten sich Gewerkschaften und Arbeitgeber am 14. Februar 2026 in Potsdam auf einen Tarifabschluss für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder geeinigt. Danach wurde über 27 Monate hinweg bis 31. Januar 2028 eine stufenweise Einkommenssteigerung von insgesamt 5,8 Prozent vereinbart. In der ersten Stufe ist ab 1. April 2026 ein Plus von 2,8 Prozent, mindestens aber 100 Euro monatlich, vorgesehen. Die zweite Erhöhung um 2 Prozent folgt ab dem 1. März 2027, die dritte und letzte Stufe um 1 Prozent tritt ab 1. Januar 2028 in Kraft.

Zudem werden mit dem Tarifvertrag die Arbeitsbedingungen in Ostdeutschland an Westniveau angeglichen.



Erleichtert nach der Einigung: dbb Landeschef Frank Becker, der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer und der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Torsten Jaehne (von links)

dbb berlin kritisiert unlautere Sparvorgaben

Der dbb berlin hat zusätzliche Mittel für Aus- und Fortbildung der Landesbeschäftigten im Nachtragshaushalt 2026 gefordert. Hintergrund der Forderung sind unlautere pauschale Sparvorgaben im Doppelhaushalt 2026/2027, die gesetzliche Aufträge unerfüllbar machen. Die Verantwortung für dadurch zwangsläufig entstehende Defizite werde aber gewöhnlich nicht den Urhebern, sondern fälschlicherweise dem öffentlichen Dienst angelastet.

Besonders fatal mache sich diese unlautere Handlungsweise des Gesetzgebers im Bereich der Aus- und Fortbildung bemerkbar, die in den meisten Dienststellen notgedrungen zusammengestrichen wird. Speziell den Beauftragten, etwa für Strahlenschutz, Sucht- oder Brandschutz, sowie den Erst Helfern wird ihr in der Regel einmal jährlicher Fortbildungsanspruch gesetzeswidrig verwehrt.

Folgeschäden trage aber nicht der Gesetzgeber, sondern die Dienststelle. Grundsätzlich erwartet der dbb berlin von der Politik, dass ausreichende Mittelzuweisungen für die von ihr selbst beschlossenen Gesetzesvorgaben zur Verfügung gestellt werden. Der jetzt eingeschlagene Weg pauschaler Kürzungen ist zynisch, weil er die Risiken nicht erfüllter Gesetzesvorgaben einseitig auf die Dienststellen verlagert.

dbb Landesleitung setzt Schwerpunkte

Die dbb Landesleitung hat die Schwerpunkte und Prioritäten der Arbeit des dbb berlin bei einer Klausurtagung Mitte Januar in Dresden herausgearbeitet.

Breiten Raum werden über das ganze Jahr hinweg Maßnahmen für Beschäftigtenvertreter sein, die, bedingt durch Neuwahlen im Mai beziehungsweise Herbst, in besonderem Maße die Jugend- und die Schwerbehindertenvertreter stärken sollen. Mit Wahl-Infos will der dbb berlin zunächst die Wahlbeteiligung steigern, nach der Wahl sollen spezielle Schulungen die neu gewählten Vertreter für ihr Amt fit machen.

Breites Seminarangebot

Aber auch bei den Mitgliedern der Personalvertretungen, die erst Ende 2024 neu gewählt worden waren, sieht der dbb berlin Handlungsbedarf in rechtlichen und praktischen Fragen. Neben der alljährlich stattfindenden Personal- und Betriebsrätekonferenz, die sich Ende September vor allem mit dienstrechtlichen Fragen auseinandersetzen soll, werden Seminare über die Neufassung des PersVG, über die Umsetzung der Dienstvereinbarung zur Gewaltprävention sowie zum Rentenrecht die dbb Mitglieder in Personal- und Betriebsräten in aktuellen Fragen fit machen.

Organisatorischer Schwerpunkt der dbb Arbeit werden die verstärkte Unterstützung und Anbindung der Fachgewerkschaften sein. Vermehrt sollen gewerkschaftliche Themen in den Vordergrund gerückt werden, die die Fachgewerkschaften vor Ort in besonderem Maße berühren. Das soll sowohl in Dialogveranstaltungen als auch mithilfe von Infomaterialien geschehen.

Aus- und Fortbildung intensivieren

Verstärkte Aus- und Fortbildungsmaßnahmen fordert die Landesleitung aber auch auf Dienstherrn beziehungsweise Arbeitgeberseite. Insbesondere müssten KI-Schulungen in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes stattfinden. Auch in Sachen Gewaltprävention und Katastrophenschutz besteht dringender Schulungsbedarf.



Leiteten die Klausurtagung: Thomas Goiny (links) und Torsten Jaehne, beide stellvertretende Landesvorsitzende des dbb berlin.

Intensiv beschäftigen wird die Landesleitung auch die Übertragung des Tarifiergebnisses mit der TdL auf den Beamtenbereich sowie die Rückkehr zur amtsangemessene Alimentation beziehungsweise die Ausgleichszahlungen für die höchststrichterlich festgestellten Verstöße gegen dieses Grundrecht in der Vergangenheit. Auch alle Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie will der dbb berlin wirksam unterstützen.

Positive Bilanz

Eine positive Bilanz zog die Landesleitung über die Gewerkschaftsarbeit des vergangenen Jahres. Speziell die Veranstaltung zum 75-jährigen Bestehen des dbb berlin, der Parlamentarische Frühschoppen, die Personal- und Betriebsrätekonferenz sowie die Präsenz beim alljährlichen Motzstraßenfest hätten die Strahlkraft des dbb berlin erhöht, weshalb die drei letztgenannten Formate auch 2026 wieder stattfinden sollen.

Beihilfe

Verbesserte Leistungen ab März

Ab März dieses Jahres treten zahlreiche Leistungsverbesserungen bei der Beihilfe in Kraft. Neue Höchstbeträge für Heilmittel gelten bereits ab Februar 2026. Außerdem werden mit der Fünften Verordnung zur Änderung der Landesbeihilfeverordnung Berlin Verfahren deutlich erleichtert.

Schwerpunkt der Änderungsverordnung ist die wirkungsgleiche Übertragung von Leistungsverbesserungen aus dem Bereich der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung und von Änderungen, die sich aus der aktualisierten Psychotherapie-Richtlinie ergeben haben, auf das Berliner Beihilferecht.

Auch die Regelungen des Gesetzes zur Verbesserung der Informationen über einen Schwangerschaftsabbruch vom 22. März 2019 wurden bei der Neuregelung berücksichtigt. Der pauschale Basisentgeltwert für Tagessätze für entstandene Aufwendungen von Krankenhausleistungen wird von 280 auf 300 Euro angepasst und die beihilfefähigen Höchstsätze für Heilmittel werden auf das derzeitige Bundesniveau angehoben. Zugleich ist die Antragsfrist von einem

Jahr auf nunmehr drei Jahre verlängert worden. Schließlich wurden der Umfang der in der gesetzlichen Krankenversicherung enthaltenen Regelungen zur außerklinischen Intensivpflege und die Aufnahme digitaler Gesundheits- und Pflegeanwendungen wirkungsgleich übertragen.

Auch deutliche Verfahrenserleichterungen bei der Festsetzung der Beihilfe treten im März in Kraft. So wird das Gutachterverfahren bei Rehabilitationsmaßnahmen wegfallen und ein Dauerverwaltungsakt im Bereich wiederkehrender Pflegeaufwendungen installiert. Eine weitere Verbesserung stellt schließlich der direkte Verweis auf Regelungen der Arzneimittelrichtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses dar.

dbb mahnt Anpassung der Sonderurlaubsverordnung an

Der dbb berlin hat bei der Senatsverwaltung für Finanzen auf eine Aktualisierung der beamtenrechtlichen Sonderurlaubsbestimmungen bei Erkrankung von Kindern gedrängt.

Nach den Vorschriften des Sozialgesetzbuches haben Arbeitnehmer auch im Kalenderjahr 2026 Anspruch auf Krankengeld für die Erkrankung eines jeden Kindes unter zwölf Jahren bis zu 15 Arbeitstagen. Alleinerziehende können längstens 30 Arbeits-

tage Sonderurlaub pro Kind in Anspruch nehmen. Nach den derzeit geltenden Sonderurlaubsbestimmungen für Beamte und Richter ist eine entsprechende Regelung Ende 2025 ausgelaufen und muss zeitnah verlängert werden.

dbb berlin: Schulungskosten für Personalratsmitglieder gesetzlich verankern!

Die Schulungskosten für Personalratsmitglieder sollen nach dem Willen des dbb berlin auf eine sicherere Basis gestellt werden.

Bei der formalen Beteiligung der Spitzenverbände zur Überarbeitung des Landespersonalvertretungsgesetzes hat der dbb berlin deshalb angeregt, die Dienststellen gesetzlich zur Kostenübernahme zu verpflichten. Außerdem sollte die bisherige Benachteiligung der Personalratsmitglieder im Schicht- und Wechseldienst beseitigt werden, die teilweise

keinen Ausgleich durch Dienstbefreiung für Personalratssitzungen erhalten. Zur besseren Gefahrenabwehr setzt sich der dbb berlin schließlich für eine Beteiligung der Personalräte bereits bei Gefährdungsbeurteilungen ein. Bislang ist die Mitprache der Gremien nur bei den Folgemaßnahmen vorgesehen.

Schon im Vorfeld hatte der dbb berlin eine Verbesserung der Freistellungsstaffel (mit einer ersten Freistellung ab 200 Beschäftigten) sowie die Anhörung des Personalrats bei Bauplanungen und -maßnahmen erreicht. Allerdings fehlen in dem Entwurf des überarbeiteten Landespersonalvertretungsgesetzes jetzt noch verbesserte Freistellungsregelungen für die Jugend- und Auszubildendenvertretungen. Hier schlägt der dbb berlin vor, eine erste Freistellung ab

400 und eine zweite ab 800 jungen Beschäftigten zu gewähren. Bislang ist nur eine Freistellung ab 500 Jugendlichen vorgesehen. Auch sollte die Jugend- und Auszubildendenvertretung direkt von der Dienststelle über ihre Belange informiert werden und nicht ausschließlich vom Personalrat. Bei der Beurteilung von Anwärtern und Auszubildenden schließlich fordert der dbb berlin die Beteiligung des Personalrats. ■

Mit der JAV über den Tellerrand schauen

Seit fast zwei Jahren ist Anne-Cathrin Horak in der Arbeit der Jugend- und Auszubildendenvertretung aktiv – und zwar auf allen drei Ebenen. Auch bei den Wahlen vom 14. April 2026 bis 31. Mai 2026 zu den örtlichen Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAVen), den Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretungen (GJAVen) und der Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung in Berlin will sie wieder kandidieren, weil sie gern über den Tellerrand schaut und AnwärterInnen und Auszubildende unterstützt.

Möglichkeiten, für den jugendlichen Nachwuchs zu arbeiten, gibt es genug. In der Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung etwa waren in der zu Ende gehenden Wahlperiode erweiterte Öffnungszeiten der Bibliotheken immer wieder Thema, im Bereich der inneren Sicherheit wurden die Einführung von Bodycams für Polizeianwärter sowie die Ausbildung für den Umgang damit thematisiert. Auch die Modalitäten der Ausbildungsplatzumlage wurden heiß diskutiert. Aus den Mitteln der Umlage, die von allen Unternehmen in einen gemeinsamen Fonds eingezahlt wird, erhalten ausbildende Betriebe die Kosten der Berufsausbildung, insbesondere die Ausbildungsvergütungen, teilweise erstattet. Ziel ist es, über ein solidarisches Finanzierungssystem die Motivation der Betriebe zu erhöhen, Ausbildungsplätze zu schaffen und im Ergebnis das Angebot an Ausbildungsplätzen in Berlin spürbar zu verbessern. „Insgesamt steht die Finanzverwaltung bei diesen übergreifenden Fragen, nicht schlecht da“, zieht die 26-jährige Finanz-

beamtin Anne-Cathrin Horak über ihre Tätigkeit in der HJAV Bilanz.

In der Gesamt-Jugend- und -Auszubildendenvertretung der Berliner Finanzämter und in der örtlichen JAV Marzahn-Hellersdorf sehen die Probleme ganz anders aus: Hier hat Horak vor allem auf die Ausbildungsmodalitäten in der Finanzverwaltung ein besonders waches Auge: „Die Ausbildung für den ehemals mittleren Dienst der Finanzverwaltung ist deutlich besser organisiert als das Studium in der Fachhochschule für Finanzen in Königs Wusterhausen“, skizziert Horak eine wichtige Problematik. Da ist es natürlich nützlich und zielführend, wenn die engagierte Jugendvertreterin die Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Finanzen als in der Regel reibungslos bezeichnet.

Das hauptstadt magazin wünscht Anne-Cathrin Horak und allen anderen Jugendvertreterinnen und -vertretern weiterhin viel Erfolg bei ihrer Arbeit und bei den bevorstehenden Wahlen. ■



Anne-Cathrin Horak

Im Zeitraum vom 14. April 2026 bis 31. Mai 2026 werden die regelmäßigen Wahlen zu den örtlichen Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAVen), Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretungen (GJAVen) und der Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung im Land Berlin durchgeführt. Mehr dazu in der nächsten Ausgabe des hauptstadt magazins.



8. März

Internationaler Weltfrauentag

Frauen

Mehr Anerkennung für Familienarbeit gefordert

Die Vorsitzende der Frauenvertretung des dbb berlin, Silke Jonas, sieht in der fehlenden Anerkennung von in der Familienarbeit erworbenen Kompetenzen ein entscheidendes Hindernis für Chancengerechtigkeit im Berufsleben.

So wirken sich Fähigkeiten wie Organisationsvermögen, Verlässlichkeit oder auch Durchsetzungskraft nur karrierefördernd aus, wenn sie im beruflichen, nicht aber im familiären Kontext erworben werden. Frauen, die nach wie vor das Gros der Familienarbeit leisten und deshalb auch die weit überwiegende Zahl der Teilzeitbeschäftigten stellen, werden dadurch deutlich benachteiligt.

Silke Jonas weiß als Mutter von zwei Kindern genau, wovon sie spricht. Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit und Teilzeitarbeit wegen Kinderbetreuung bremsen die berufliche Entwicklung, egal wie gute Arbeit die Betroffenen leisten.

Nicht zuletzt dieses ständige Zurücksteckenmüssen und die relative Unsichtbarkeit von Müttern im Beruf sind auch ein entscheidender Grund für Jonas gewesen, in der Frauenarbeit aktiv zu werden. „Ich habe einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn“, sagt sie von sich selbst und will nicht weiter einfach zusehen, wie Frauen durch die gesellschaftlichen Spielregeln ständig ins Hintertreffen geraten.

Vor sieben Jahren stieg sie – zunächst in der JVA Moabit, in die Frauenarbeit ein, wobei ihr Erfahrungen in der Personalratsarbeit sehr zugutegekommen sind, denn sowohl als Mitglied im örtlichen Personalrat als auch als Vorsitzende des Gesamtpersonalrats

Justiz lernte sie Möglichkeiten und Spielregeln der Mitbestimmung aus dem „effeff“.

Äußerst besorgt zeigt sich Jonas über die eher frauenfeindliche gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Insbesondere in den sozialen Netzwerken bildeten sich entwürdigende und unterwürfige Frauenbilder heraus, oft gepaart mit frauenfeindlicher Hetze. Auch die erschreckend wachsende Zahl der Femizide und sexuellen Übergriffe mache deutlich, wie dringend derartigen Tendenzen und Auswüchsen entgegengesteuert werden müsse. „Wenn jeden Tag in Deutschland eine Frau ermordet wird, wird es allerhöchste Zeit, den im Grundgesetz verankerten gleichen Menschenrechten Geltung zu verschaffen.“

Der Weltfrauentag am 8. März 2026 steht unter dem Motto „Geben und Nehmen“ und soll zu Großzügigkeit und Zusammenarbeit ermutigen. Beides ist überfällig, will man Chancengleichheit vorantreiben und Rückschritte verhindern.

Gleichberechtigung braucht starke Strukturen

Gute Arbeitsbedingungen, transparente Bezahlung und echte Mitbestimmung sind entscheidende Voraussetzungen für Gleichberechtigung im öffentlichen Dienst. Das hat die Vorsitzende der Frauenvertretung des dbb berlin, Silke Jonas, am Rande eines Neujahrsempfangs des Katholischen Deutschen Frauenbunds Berlin betont.



Sengül Mazlum (BSBD Berlin), Lisi Maier (Bundesstiftung Gleichstellung) und Silke Jonas (dbb frauen berlin) beim Neujahrsempfang (von links)

Zwar beschäftigt der öffentliche Dienst viele Frauen, fehlende Teilzeitarbeitsstellen, mangelhafte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen und Entgeltungleichheiten stünden aber einer Chancengerechtigkeit entgegen.

Tarifverträge, Gleichstellungspläne und starke Personalvertretungen nannte Jonas als zentrale Instrumente, um Chancengleichheit im öffentlichen Dienst durchzusetzen. Gewerkschaften spielten dabei eine Schlüsselrolle – als Interessenvertreter, als Verhandlungspartner und als Stimme der Beschäftigten.

Kein Selbstläufer

Dass Gleichberechtigung kein Selbstläufer ist, hatte bei dem Neujahrsempfang auch die Direktorin der Bundesstiftung Gleichstellung, Lisi Maier, betont. Strukturelle Benachteiligungen zulasten von Frauen, wie schlechtere Bezahlung, eingeschränkte Aufstiegsmöglichkeiten und ungleiche Verteilung von Sorgearbeit, ließen sich jedoch nicht allein durch individuelles Engagement abbauen, sondern erforderten verlässliche politische Rahmenbedingungen, klare Regelungen und eine konsequente Umsetzung.

Zentrale Zukunftsaufgabe

Der Neujahrsempfang bot auch Raum für Austausch und Vernetzung über Verbands- und Organisationsgrenzen hinweg. Deutlich wurde dabei: Gleichstellung bleibt eine zentrale Zukunftsaufgabe, auch und gerade im öffentlichen Dienst. Gefragt sind in diesem Zusammenhang klare politische Entscheidungen, engagierte Interessenvertretungen und eine starke gewerkschaftliche Stimme.

dbb Landesleitung paritätisch besetzt

In der Landesleitung des dbb berlin herrscht Geschlechtergerechtigkeit. Von den sechs Stellvertreterposten sind je drei mit Männern und Frauen besetzt.

Dazu die stellvertretende Landesvorsitzende Synnöve Nüchter, die sich insbesondere aktiv für gleiche Karrierechancen einsetzt: „In meiner langjährigen Arbeit im dbb habe ich erkannt, dass Frauenpolitik kein Nebenschauplatz ist, sondern das Fundament für echte Gleichstellung.“

Organisierte Kriminalität

Keine Entwarnung!

Der Vorsitzende der DPolG Berlin, Bodo Pfalzgraf, warnt vor falschen Rückschlüssen aus den Zahlen des am 10. Februar 2026 vorgelegten Lagebilds Organisierte Kriminalität Berlin 2024.



Bodo Pfalzgraf

Nach dem Bericht ist im Jahr 2024 mit 55 Ermittlungskomplexen und 371 Tatverdächtigen ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr mit immerhin noch 485 Tatverdächtigen bei der Organisierten Kriminalität (OK) zu verzeichnen.

Nicht erwähnt wird jedoch, dass die Sicherheitsorgane in 2024 durch Klimakleber, Auseinandersetzungen infolge des Nahostkonflikts und die Fußballerupameisterschaft vor enormen zusätzlichen Herausforderungen standen und Einsatzvorhaben deshalb zurückstellen mussten.

Strukturen verfestigt

„Dass die Organisierte Kriminalität nicht weniger aktiv war, sondern unbemerkt weiter ihren kriminellen

Geschäften nachgehen und sogar ihre Strukturen verfestigten konnte, wird nicht zuletzt an ihrem auf den Straßen offen und für jeden erkennbar ausgetragenen Machtverteilungskampf deutlich“, hält Pfalzgraf der Aussagekraft der offiziellen Statistik entgegen. Nicht zuletzt als Antwort auf das fortlaufende Agieren der OK-Szene sei seit Ende 2025 die Besondere Aufbauorganisation (BAO) „Ferrum“ mit mehreren Hundert Einsatzkräften Tag und Nacht in Berlin unterwegs, um konsequent gegen gewalttätige Gruppen und Schusswaffenkriminalität vorzugehen.

„Von Entwarnung oder Entspannung kann also nicht die Rede sein“, rückt Pfalzgraf die Aussagekraft der offiziellen Zahlen über Tatverdächtige der Organisierten Kriminalität in 2024 zurecht. ■

Nach Winterdienstchaos

DPolG fordert klare Zuständigkeiten und mehr Personal

Nachdem über Wochen hinweg in Berlin spiegelglatte Gehwege zu unzähligen Stürzen mit zahlreichen Verletzten geführt haben, fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) Berlin klare Zuständigkeiten bei der Organisation des Winterdienstes und ausreichendes Personal, das die Schnee- und Eisbeseitigung der dafür verantwortlichen Grundstückseigentümer kontrolliert.

Höhere Bußgelder laufen ohne Personal für Kontrollen und zügige Bearbeitung von Anzeigen ins Leere, mahnt die DPolG. Erfahrungen aus der Coronazeit hätten stattdessen gezeigt, dass viele Verfahren ohne ausreichende Sachbearbeitung verjähren und keine Konsequenzen nach sich ziehen. Wirksamen Schutz könnten nur geordnete, abgestimmte Verfahren zwischen Polizei, Ordnungsämtern und Winterdienstträgern gewährleisten. Auch die Einführung eines „Zentraldienstes“ biete keine funktionierende Alternative, wenn er nicht mit klaren Verantwortlichkeiten und personellen Ressourcen hinterlegt ist.

Schließlich dürfe der Winterdienst, so die DPolG Berlin, schon gar nicht vor öffentlichen Gebäuden

wie Senatsstellen, Schulen oder Kitas versagen. Hier habe der Staat eine Vorbildfunktion.

„Wir fordern keine kosmetischen Änderungen, sondern einen Winterdienst, der funktioniert – mit Personal, klaren Prozessen und echter Verantwortung. Berlin konnte zuletzt weder Flughafen noch Winterdienst. Das muss sich ändern“, so Frank Teichert, stellvertretender Landesvorsitzender der DPolG Berlin. ■

dbb Lehrerwerkschaften gegen Umwandlung des Wald-Gymnasiums

Das Wald-Gymnasium in Charlottenburg zählt zu den von Eltern geschätzten weiterführenden Gymnasien. Seine gute Verkehrsanbindung, sein attraktiver Schulcampus am Rande des Grunewalds, der MINT- und der Fremdsprachenzweig sowie insbesondere sein engagiertes Kollegium machen das Wald-Gymnasium auch für Schüler aus anderen Bezirken der Stadt attraktiv.

Umso unverständlicher sind Pläne von Bildungsstadträtin Heike Schmitt-Schmelz (SPD) zu seiner Umwandlung in eine integrierte Gesamtschule (ISS), für die angeblich Schulplätze fehlen.

„Wenn tatsächlich Schulplätze für Schülerinnen und Schüler fehlen, die die Qualifikation für das Gymnasium nicht erreicht haben“, kontert Ferdinand Horbat, stellvertretender Vorsitzender des Philologenverbandes Berlin-Brandenburg (phv), „und Schulplätze am Gymnasium frei bleiben, muss eine Begrenzung des Zuganges von Schülerinnen und Schülern mit gymnasialer Empfehlung für ISSen angedacht werden, damit für die anderen Schülerinnen und Schüler Plätze an den ISSen zur Verfügung stehen.“ Horbat vermutet allerdings in dem Umwandlungsvorstoß der Charlottenburger Bildungsstadträtin eher einen weiteren Versuch von Gleichmacherei, der die schulische Ausbildung der schwächeren wie auch der stärkeren Schülerinnen und Schüler gefährde. Ganz abgesehen davon, bedürfe die Umwandlung der Genehmigung der Senatsbildungsverwaltung.

Zuständige Gremien nicht einbezogen

Mittlerweile stehen auch beim VBE Berlin die Telefone nicht mehr still. Besorgte Lehrkräfte und Eltern suchten Hilfe und Unterstützung, um die Schulum-

wandlung, die am grünen Tisch und ohne Einbeziehung der zuständigen Gremien beschlossen wurde, abzuwenden. „Schule ist ein komplexes soziales Gebilde und keine beliebige Verschiebemaschine eines abstrakten Verwaltungshandelns“, heißt es dazu vom VBE.

Auch der VBE Berlin kann für das Vorgehen der Bildungsstadträtin keine schlüssige Begründung erkennen: „Es gibt bei der Wahl der weiterführenden Schule durch die Eltern immer wieder Schwankungen hinsichtlich der Schulform und der konkreten Schulen, die fast jährlich auftreten.“ Langfristige strukturelle Trends durch Veränderungen in der Schülerschaft ließen sich darüber hinaus nur sinnvoll durch einen gezielten und bedarfsabgestimmten Schulneubau auffangen, für den es bereits eine entsprechende Schulbauoffensive der Senatsbildungsverwaltung gäbe.

Rückfall in ideologiebasierte Schulpolitik

„Bezirkliche Quertreibereien sind da wenig hilfreich“, so der VBE Berlin wörtlich, der wie der phv einen Rückfall in ideologiebasierte Schulpolitik über die Gremien und die Köpfe der Betroffenen hinweg befürchtet.

Suchtbeauftragte nicht kaputtsparen!

Allmonatlich fanden bislang bis zu acht Drogenbeauftragte aus dem Berliner Justizvollzug und ein Supervisor zusammen, um unter anderem akute Suchtfälle unter der Mitarbeiterschaft, Strategien zur besseren Aufklärung oder auch zur Prävention zu beraten. Aus Haushaltsgründen sind diese wichtigen Zusammenkünfte aktuell auf die Hälfte eingedampft worden: „Völlig am falschen Ende gespart“, finden nicht nur die Beauftragten selbst, sondern auch der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats Justiz, Thomas Goiny, der – wie das hauptstadt magazin auch – im Februar an der Runde teilgenommen hat.

Goiny nannte es ein Gebot der Fürsorgepflicht, wieder ausreichende Mittel für die Suchtbeauftragten zur Verfügung zu stellen, und warnte vor dem Sicherheitsrisiko, das süchtige Mitarbeiter ohne entsprechende Betreuung gerade im Justizvollzug darstellen. Die Beauftragten, die mit sehr viel persönlichem Einsatz und Engagement ihre Ehrenämter ausüben, hätten viel mehr Unterstützung verdient und dürften nicht zur finanziellen Manövriermasse werden.

Tatsächlich ist Kennzeichen der Arbeit eines Drogen- oder auch Suchtbeauftragten neben den erforderlichen Fachkenntnissen ein gerüttelt Maß an sozialer Verantwortung und jede Menge Eigeninitiative. „Für das Amt kann man sich bewerben“, erläutert Ramona Günzel, die Sicherheitsbeauftragte im Bereich der JVA Tegel ist, „und im Fall der Berufung findet eine Schulung bei einem externen Anbieter, etwa dem Blauen Kreuz, an kompletten sechs Wochenenden statt.“

Die Beauftragten werden in dieser Zeit dafür fit gemacht, gefährdete Kolleginnen und Kollegen, aber auch die Dienststellenleitung sachkundig beraten zu können. Vermittelt werden unter anderem Kenntnisse über die ver-

schiedenen Spielarten und Auswirkungen von Sucht, die stoffgebunden im Konsum von Rauschmitteln wie Alkohol, Medikamenten oder auch Rauschgift auftreten, aber auch durch exzessive Verhaltensweisen zum Beispiel beim Spielen, Kaufen, Telefonieren oder sogar beim Sport hervorgerufen werden kann.

Fingerspitzengefühl und strikte Verschwiegenheit

Mindestens ebenso wichtig wie die Kenntnis der Symptome ist der adäquate Umgang mit Süchtigen, der sehr viel Fingerspitzengefühl erfordert. Denn für die Betroffenen ist es nicht leicht, sich zu offenbaren, auch wenn die Suchtbeauftragten zu strikter Verschwiegenheit verpflichtet sind. Die Überwindung der Angst vor Ausgrenzung und beruflichen Konsequenzen ist eine große Hürde. „Oft ist ein Gespräch unter Kollegen bei Verdachtsfällen zunächst hilfreicher, als eine Anweisung des Personalverantwortlichen zu einem Gespräch mit dem Suchtbeauftragten“, stellt der Suchtbeauftragte der JVA Plötzensee, Robert David, dazu fest. Ist die Sucht einmal offenkundig, greift eine Dienstvereinbarung, die das weitere Prozedere regelt. In der Regel wird dem Süchtigen eine Therapiemaßnahme empfohlen, wie sie verschiedene freie Träger anbie-





Beim Treffen der Suchtbeauftragten: Supervisor Rolf Brückler, Ramona Günzel (JVA Tegel), Sebastian Müller (JSA), Robert David (JVA Heideering) und Oliver Konefke (JVA Plötzensee) (von links)

© Annemarie Wellige

ten. Disziplinarische Maßnahmen kommen erst in Betracht, wenn Beratungs- und Therapieangebote nicht fruchten.

Frühzeitig Symptome erkennen

Für diese Verfahrensweise ist es allerdings notwendig, dass auch der Fachvorgesetzte im Umgang mit Süchtigen geschult wird. Auch das fällt in den Aufgabenbereich der Suchtbeauftragten, die darüber hinaus auch präventiv tätig werden. Robert David zum Beispiel hält regelmäßig Vorträge über Suchtgefahren im Rahmen von Anwärterschulungen. Sebastian Müller, der Drogenbeauftragte der Jugendstrafanstalt, hat auch schon Präsentationen zur Suchtthematik an Gesundheitstagen durchgeführt, und allen vier Beauftragten ist gemeinsam, dass sie Personalverantwortliche in ihren Dienststellen über Suchtproblematiken aufklären beziehungsweise sie für das frühzeitige Erkennen von Symptomen und einen sinnvollen Umgang mit den Betroffenen sensibilisieren. Wenn etwa vermehrt Fehler auftreten, gleichzeitig Veränderungen im Erscheinungsbild sichtbar werden und sich Krankheitstage und Unpünktlichkeit häufen, können das durchaus die Auswirkungen einer Sucht sein, ebenso wie Alkoholfahren und häufige Fehlzeiten nach dem Wochenende.

Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Strafvollzug oder auch im Berliner Landesdienst süchtig sind, ist nicht erfasst. In von der Beschäftigtenzahl her vergleichbaren Großunternehmen der privaten Wirtschaft sind es immerhin etwa 5 Prozent, die sich nicht nur selbst schädigen, sondern ohne entsprechende Therapien auch den Unternehmen erheblichen Schaden zufügen können.

Wichtiger Baustein der Sicherheitsarchitektur

Insofern sind die Suchtbeauftragten im öffentlichen Dienst neben ihrer aufklärenden und beratenden Arbeit auch ein wichtiger Baustein in der Sicherheitsarchitektur einer Dienststelle – und es ist unverantwortlich, sie durch Mittelkürzungen in ihrer Wirksamkeit zu beschneiden.

Der dbb berlin fordert deshalb nachdrücklich ausreichende Haushaltsmittel für die Suchtbeauftragten und warnt generell vor den Folgen einer Vernachlässigung und finanziellen Beschneidung der Arbeit der speziellen Beauftragten in den Dienststellen, die beispielsweise auch über Arbeits-, Brand- oder auch Datenschutz wachen. Speziell ausreichende Mittel für Fortbildung sind hier unverzichtbar! ■

Bruder Jakobs im A. T.	↓	Stadtteil von Berlin	ein Europäer	enges, steilwandiges Tal	legendäres Wesen im Himalaja	↓	Rollkörper	deutsche Filmdiva (Hildegard)	↓	langschwänziger Papagei	Früchte	↓	ein Lateinamerikaner	↓	Spaß; Unfug	Strom in Ostasien	↓
Aufkleber	→					5		linker Nebenfluss der Donau	→				hohes Ansehen	→			4
Zeitalter	→				frühere Münze	→					Abwasserleitung; Deichschleuse	→				Europ. Weltraumorganisation (Abk.)	
→								Tatsache, Tatbestand	→				Fluss zur Aller (Oberharz)	→			
Teil des Sehorgans		Zwergenland in „Gullivers Reisen“		Fußballmannschaft		Unsere Gewinner Je eine Trinkflasche gewonnen haben: Andreas Freund, 14089 Berlin Heinz Lahmann, 13409 Berlin Katja Barthel, 15711 Königs Wusterhausen Das Lösungswort war „Anemone“.							französischer Maler (Edgar)		frei von Unebenheiten; rutschig		römischer Sonnengott
→		6											→				
amerik. Komiker, Regisseur (Woody)		feierliches Gedicht		Backmasse									Fest-, Tanzraum	Hasenlager (Jägersprache)		ein Erdteil	
Großraumwohnung (engl.)	→												Unter-einheit von Euro u. Dollar	→			
→			Affe, Weißhandgibbon		Abgasreiniger (Kurzwort)	englische Prinzessin	↓	Brauch, Sitte (lateinisch)	↓	Babyspeise	↓	Musical von A. Lloyd Webber	→				zu keiner Zeit
Schwur	→	1						dt. TV-, Radiosender (Abk.)	→			2	eine Baltin	→			3
großer Wasservogel			früherer türkischer Titel	→			ungebraucht	→		eine Zahl	→					Hühnerprodukt	→
große Tür, Einfahrt	→				aufgebrühtes Heißgetränk	→				Wintersportgerät	→		Dreschplatz in der Scheune	→			

Drei Schreibmappen ...

... warten auf einen neuen Besitzer. Verlost werden sie an die Einsender des richtigen Lösungsworts bei unserem aktuellen Schwedenrätsel.

Raten Sie mit und schicken Sie das Lösungswort bis 15. März 2026 an:

dbb berlin
 post@dbb.berlin
 Fax: 030.327952-20

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



© Annemarie Wellige



Senat stellt Weichen für besseren Schutz der kritischen Infrastruktur

Der Berliner Senat hat landesgesetzliche Anpassungen zum Schutz der kritischen Infrastruktur am 17. Februar 2026 auf den Weg gebracht.

Hintergrund dafür ist die veränderte Sicherheitslage, insbesondere nach mehreren Anschlägen auf die Elektrizitätsversorgung in Berlin. Konkret sollen Anpassungen im Berliner Datenschutzgesetz, im Informations-

freiheitsgesetz, im Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz und weiteren Gesetzen Schutzmaßnahmen mit moderner Technik ermöglichen und Risiken durch Veröffentlichungspflichten verringern. ■

Mehr Wahllokale und Wahlkabinen

Für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksparlamenten am 20. September plant Landeswahlleiter Stephan Bröchler deutlich mehr Wahllokale und mehr Wahlkabinen als bei der Wiederholungswahl 2023 ein.

Vorgesehen sind etwa 2.500 Urnenwahllokale und eine noch unbestimmte Zahl von Briefwahllokalen. Jedes Urnenwahllokal soll mit vier bis sechs Wahlkabinen ausgestattet sein. Bis zu 40.000 Wahlhelfer werden benötigt.

Vermieden werden sollen auf diese Weise lange Warteschlangen, auch wenn am 20. September womöglich nicht nur über Abgeordnetenhaus und die Bezirksparlamente gestimmt werden muss, sondern auch über bis zu zwei Volksentscheide. Ob die Volksentscheide tatsächlich stattfinden, steht im Moment allerdings noch nicht fest.

Wer zur Wahlhilfe bereit ist, kann sich bereits registrieren lassen unter: https://www.berlin.de/wahlen/organisation/wahlhelfende/#headline_1_55. ■



© Christian Schwier/stock.adobe.com